

aus dem Bereich fossiler Energie war in den Anlagenechtlinien von Anfang an nie vorgesehen, und das, meine Damen und Herren, auch aus guten Gründen.

Wir sind in einer Situation, in der wir nach vielen Diskussionen einen gesellschaftlichen Konsens in Deutschland erzielt haben, wie wir nach der Steinkohle in einem schrittweisen Konzept bis zum Jahr 2038 auch aus der Braunkohle aussteigen. Wollen Sie wirklich Anlagenechtlinien für das Land Nordrhein-Westfalen, dessen Prosperität sich in der Vergangenheit und auch heute noch auf Steinkohle, Stahl und Braunkohle begründet, wollen Sie wirklich selbst Investitionen in eine weitere ökologische Verbesserung der Braunkohlenutzung innerhalb des gesellschaftlichen bundesdeutschen Konzeptes bis 2038 unterbinden? Das kann doch eigentlich nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Doch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zum Tagesordnungspunkt 4 nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Dann ist der **Antrag** einstimmig **überwiesen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

5 Den sozialen Achtungsanspruch respektieren – Behandlungen durch die Kosmetikbranche ermöglichen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12747

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragsstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Loose das Wort. – Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kann denn Schönheit Sünde sein, oder kann Würde Sünde sein? Wie viele Frauen sitzen hier eigentlich heute ungeschminkt im Saal?

Geht es in unserem Antrag wirklich um Schminke, um ein bisschen Farbe, das man selbst im Gesicht verteilen kann, oder geht es vielmehr um Würde, um

die Würde vor allen Dingen von Frauen, die in Kosmetikstudios arbeiten und nun dazu verdammt sind, zu Hause zu sitzen, auf die Politik zu warten und zu hoffen? Alle 14 Tage gibt es neue Hoffnung, die dann aber wieder jäh zerstört wird!

Geht es nicht auch um die Würde der Kunden, die nach jedem Besuch im Kosmetikstudio dankbar sind, die sich wohler fühlen und vielleicht auch ein Stück glücklicher sind?

Am Freitag vor acht Tagen fand hier vor dem Landtag eine Demonstration statt. Dort standen mutige Frauen, die es wagten, für ihre Rechte einzustehen. Sie alle hier waren zu dieser Demo eingeladen – auch Sie, Herr Minister.

Wir von der AfD waren vor Ort und haben uns die Sorgen der Betroffenen angehört. Wir haben auch gefragt: Warum ausgerechnet Kosmetikstudios? Warum sollen wir die jetzt aufmachen? – Wir bekamen Antworten, die mich persönlich überraschten und mich auch tief berührt haben. Da waren Frauen, die ihre Tränen zurückhalten mussten, Frauen, die dankbar waren, dass sie Familien haben, die sie unterstützen; denn ohne die Eltern, ohne die Ehemänner wären viele von diesen Frauen bereits zusammengebrochen – finanziell, psychisch oder physisch.

Aber diese Frauen waren auch kämpferisch und solidarisch. Sie kamen nicht nur aus NRW, sondern aus dem ganzen Bundesgebiet: aus Hessen oder auch aus Niedersachsen.

Wir trafen beispielsweise zwei Frauen aus Osnabrück. Die beiden Frauen haben sich vor einigen Jahren selbstständig gemacht wie viele andere Frauen vor Ort, die alle selbstständig waren. Sie haben in Plexiglasscheiben und auch in Einmalaufgaben für die Liegen investiert. Es wurde immer wieder betont, wie hygienisch alles ist. Auch schon vor der Coronazeit arbeitete man mit Desinfektionsmitteln und mit Handschuhen. Obwohl die Hygienebedingungen schon extrem hoch waren, hat man weiter investiert und weitere Auflagen erfüllt, um arbeiten zu können. Aber was wurde gemacht? – Die Regierung hat die Geschäfte geschlossen.

Wir haben auch gefragt: Wie groß sind denn eigentlich Ihre Geschäfte? Die beiden Damen aus Osnabrück sprachen von 165 m² bei vier Frauen im Team. Das sind praktisch 40 m² pro Kunde. Sie erinnern sich vielleicht noch: In kleineren Geschäften, bei REWE nebenan, gelten 10 m² pro Kunde. In großen Geschäften wie bei real gelten 20 m² pro Kunde.

Die Kosmetikstudios haben das alles übererfüllt. Wir fragten weitere. Da war eine Frau, die sagte: Wir sind im Zweierteam; wir haben 56 m². Eine dritte Frau sagte: Ich arbeite allein. Das ist mein eigenes Studio. Ich habe 45 m².

Die Frauen fragten uns: Was soll denn passieren, wenn jemand die Hände unter die Plexiglasscheibe

schiebt? Auf der anderen Seite sitzt eine Kosmetikerin mit Maske. Wo ist da das Risiko?

Das Geschäft dieser Frauen ist, Lebensfreude, aber auch Würde zu schenken. Sie erzählten von Kunden, die akneähnliche Symptome haben und denen geholfen werden konnte. Sie erzählten auch von Frauen, die Fingernägel kauen und deshalb ihre Nägel machen lassen. Sie erzählten von Kunden, die ihre Haare verlieren, sei es aus hormonellen Gründen oder aufgrund einer Krebserkrankung. Auch diesen Kunden konnte geholfen werden.

Das Gleiche gilt für die Augenbrauen und den Wimpern. Geben Sie mal bei Google „Alopecia“ – das ist eine Krankheit, bei der Haare ausfallen – und „Kosmetik“ ein. Dann sehen Sie ein Video von einer Frau, die ihre Wimpern und Augenbrauen mit Permanent Make-up gemacht bekommt – „Permanent Make-up für die Seele“ heißt es dort –, und wie diese Frau am Ende strahlt. Kosmetik kann grundsätzlich auch Würde, auch Lebensfreude zurückgeben.

Wissen Sie, was man auf der Demo nicht gesehen hat? – Man hat keine Schilder gesehen, auf denen stand: Wir wollen Geld. – Nein, man hat viele andere Schilder gesehen. Vor allen Dingen stand immer eines drauf: Wir wollen arbeiten.

Geben Sie den Kosmetikerinnen die Möglichkeit, wieder zu arbeiten, und stimmen Sie unserem Antrag für eine Öffnung ab dem 8. März zu! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie hörten die Rede des Abgeordneten Loose. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Goeken das Wort.

Matthias Goeken (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der AfD zeigt wieder einmal die politische Instrumentalisierung einer Gruppe. Als Zielgruppe haben Sie sich diesmal die Kosmetikbranche ausgesucht.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wieder einmal heißt es ganz einfach: Sofort öffnen! – Das Spielchen kennt man von der AfD. Ganz egal, in welcher Phase der Pandemie wir uns befinden, und ganz egal, wie das Infektionsgeschehen aussieht: Die AfD möchte alles öffnen.

Viele Personen aus Ihren Reihen leugnen sogar die Gefährlichkeit des Coronavirus.

(Roger Beckamp [AfD]: Was tun wir?)

Es ist wichtig, zu differenzieren und verantwortungsvoll Politik zu gestalten. Wir können jetzt nicht alles öffnen und damit die Infektionszahlen und den Inzidenzwert ignorieren.

In der zweiten Welle im November und Dezember war das Infektionsgeschehen sehr dynamisch. Wir hatten eine exponentielle Ausbreitung. Es bestand die Gefahr, die Kontrolle über die Pandemie zu verlieren. Kontaktverfolgungen waren nicht immer möglich.

Das war auch der Grund, weswegen die körpernahen Dienstleistungen bis auf wenige Ausnahmen geschlossen wurden, die auf essentiellen Bedarf ausgelegt sind. Das oberste Ziel zur Bekämpfung des Virus ist nun mal die Kontaktvermeidung.

Die Kosmetikbranche hat, wie sie selber gesagt hat, mit kreativen Lösungen daran gearbeitet, die Infektionsschutz- und Hygienekonzepte umzusetzen. Für die verantwortungsvollen Unternehmer und deren Beschäftigte sollte die damals veranlasste Schließung kein Misstrauensbeweis bedeuten. Aber das Virus wird durch den Menschen und durch Kontakte übertragen, und das ist normalerweise auch im Kosmetikhandwerk gegeben.

Das Engagement der Branche habe ich mitbekommen. Im Februar habe ich ein Kosmetikstudio in meinem Wahlkreis besucht, konnte mir vor Ort ein Bild von der aktuellen Situation und den Hygienemaßnahmen machen und mir die Sorgen und Nöte der Inhaberin anhören.

Die Kontaktminimierung war das oberste Gebot in der Pandemiebekämpfung. Wir sehen, dass dieser Ansatz gewirkt hat. Die Zahlen sind nach und nach gesunken, von einer Inzidenz von etwa 200 in der Spitze auf nun 60 im Bundesschnitt.

Dieser Erfolg ist den Bürgerinnen und Bürgern, die sich an die Regeln gehalten haben, und den Unternehmen und ihren Beschäftigten, die schließen mussten, geschuldet. Dafür gab es die außerordentlichen Wirtschaftshilfen des Bundes. Den körpernahen Dienstleistungen ist die dringend benötigte Liquidität überwiegend zugeflossen.

Natürlich habe auch ich – Sie sprachen es an – Aussagen wie diese gehört: Öffnungen sind uns wichtiger, als Geld zu bekommen. – Natürlich hätten die Hilfen schneller kommen müssen; das ist unstrittig. Aber man kann nicht behaupten, es sei nichts passiert.

(Lachen von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Ohne Frage waren das – nicht nur für diese Branche – sehr einschneidende, harte Maßnahmen, die man zweifellos lieber nicht getroffen hätte, wenn es denn nicht notwendig gewesen wäre.

In der Folge sind wir nun in einer Situation, in der man über verantwortungsvolle Schritte nachdenken kann. Darüber wurde in diesem Parlament in den vergangenen Wochen mehrmals intensiv diskutiert. Durch

konstruktive Beiträge ist die AfD dabei allerdings nicht aufgefallen.

Wir sehen gesunkene Inzidenzen, aber gleichzeitig die Risiken durch die Virusmutationen. Eine dritte Welle muss unbedingt vermieden werden, darauf sind alle Anstrengungen auszurichten.

Es gibt gute Hygienekonzepte und kluge Öffnungsstrategien. Das RKI hat mit seinem Beitrag Control-COVID aufgezeigt, dass körpernahe Dienstleistungen ein überschaubares Risiko darstellen. Bei entsprechendem Infektionsgeschehen kann deshalb über weitere Öffnungsschritte in diesem Bereich gesprochen werden. In den heutigen Bund-Länder-Beratungen wird auch darüber gesprochen.

Da das Virus keine Grenzen kennt, ist es wichtig, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern bei Öffnungsschritten nach einheitlichen Maßstäben vorgeht. Ich als Politiker und Bürger im Dreiländereck mit den Nachbarn Hessen und Niedersachsen – Sie sprachen das auch an – halte einen Alleingang NRW für nicht vertretbar. Öffnet ein Bundesland schneller als das andere, wird es Tourismus geben. Und genau das wollen wir nicht. Wir benötigen länderübergreifende Lösungen und Öffnungsstrategien. NRW wird keinen Alleingang starten, so wie Sie es vorschlagen. Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goeken. – Es gab noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Das ist aber nicht mehr der Fall, vielmehr ist – Sie haben es gesehen – eine Kurzintervention angemeldet.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Hallo! Zwischenfrage!)

Herr Abgeordneter Loose auf dem Platz von Frau ... Hat sich doch Frau Walger-Demolsky für eine Zwischenfrage gemeldet?

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Zwischenfrage!)

– Okay.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Die Rede ist vorbei, es gibt keine Zwischenfrage!)

Das hat sich durch das Ende der Rede erledigt.

Es gibt aber gleichwohl eine angemeldete Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Loose von der Fraktion der AfD. Es steht Ihnen frei, wo Sie diese entgegennehmen. Herr Abgeordneter Loose, Ihr Mikrofon ist für 90 Sekunden Kurzintervention frei.

Christian Loose (AfD): Herr Goeken, das Spiel ist immer das gleiche: Es gibt eine Demonstration vor

dem Landtag, bei der Betroffene auf ihre Situation aufmerksam machen. Sie gehen aber nicht hin.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Nachher beschweren Sie sich, dass andere Parteien sich für diese Menschen einsetzen und einen Antrag schreiben. Sie sagen, wir würden die Betroffenen missbrauchen. Das ist wirklich ein bedenkliches Argumentationsmuster, das Sie hier immer wieder nutzen.

(Helmut Seifen [AfD]: Ein falsches!)

Sie sprachen davon, dass die hygienischen Verhältnisse in den Kosmetikstudios gut und Sie selber vor Ort gewesen seien. Trotzdem wollen Sie nicht öffnen.

Ich stehe hier nicht nur für die Kosmetikerinnen, sondern auch für die zahlreichen Kunden. Auch die Nägel gehören dazu. Zum Friseur kann man gehen, aber man schaut sich nicht den ganzen Tag im Spiegel an. Man kann aufgrund einer Chemotherapie dünnhäutige Hände haben oder durch Schuppenflechte oder Ekzeme geschädigte Hände. Auf die Hände schaut man den ganzen Tag, man sieht sie ständig. Für diese Frauen und Männer ist es eine Frage der Würde, eine Nagelpflege zu bekommen. Das kann man nicht einfach so wegwischen, tut mir leid. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Goeken erwidert. Herr Kollege, Sie haben für 1 Minute und 30 Sekunden das Wort.

Matthias Goeken (CDU): Niemand hier im Saal bestreitet, dass diese Behandlungen notwendig sind. Niemand bestreitet, dass viele andere Branchen in den vergangenen Wochen demonstriert haben. Ich bin Handwerksvertreter, viel unterwegs gewesen und habe mir die Nöte und Sorgen des Einzelhandels und vieler anderer Branchen angehört. Niemand bestreitet das.

Hier aber geht es darum, dass Sie immer einzelne Gruppen herausgreifen und diese dann instrumentalisieren. Unsere Fraktion steht im ständigen Austausch mit Betroffenen vor Ort.

(Helmut Seifen [AfD]: Machen Sie doch nicht!)

Natürlich bin ich überwiegend im Wahlkreis unterwegs. Dort wurde ich gewählt und bin zuständiger Abgeordneter.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Goeken. – Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Baran das Wort.

Volkan Baran (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Nun sitzen wir wieder hier im Parlament und sprechen über einen AfD-Antrag. Es ist der Antrag einer Partei, die nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene täglich beweist, dass ihr Politikanspruch nicht darin besteht, das Leben von vielen möglichst besser zu machen, sondern darin, möglichst opportun zu sein. Das haben Sie auch mit diesem Antrag wieder geschafft.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Während der Pandemie fällt ihr das natürlich besonders leicht, denn während alle anderen nach Wegen suchen, die möglichst wenig Leben kosten, stellt die AfD seit mittlerweile fast einem Jahr ständig und unverändert Anträge zu Öffnungen.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Dabei ist es vollkommen unerheblich, ob die pandemische Situation das erlaubt, und es ist völlig irrelevant, um was es sich gerade handelt. Wir haben in diesem Jahr schon einige Branchen durch. Oft machen Sie sich noch nicht einmal die Mühe, das sachlich zu begründen. Es geht Ihnen nämlich nicht um Debatte, sondern einzig und allein um die Produktion und die Inszenierung, um den Beweis für Ihre Anhänger, dass Sie gegen den Strom schwimmen.

Daher überrascht es eigentlich nicht, dass es heute wieder um Öffnungen geht. Diesmal soll die Kosmetikbranche für Ihre Zwecke missbraucht werden. Wie wir aus den Medien erfahren haben und wie es der Kollege Goeken gesagt hat, wird es in der Bund-Länder-Runde um Öffnungen für körpernahe Dienstleistungen gehen. Mit einer vernünftigen Teststrategie scheint das möglich zu sein.

Wichtig ist aber, dass die Inzidenzwerte stabil bleiben. Momentan steigen sie. Mit 65,8 sind wir weit weg von der 50er- und noch weiter weg von der 35er-Schwelle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, ich habe schon einige Male an Sie appelliert, solche populistischen Anträge sein zu lassen und sich aktiv an der Pandemiebekämpfung zu beteiligen. Alle in diesem Saal außer Ihnen nehmen ihre Verantwortung als Abgeordnete und Staatsbürger wahr. Natürlich hat niemand von uns Spaß daran, zu sehen, dass die Branchen gerade sehr leiden. Das betrifft nicht nur die Kosmetikbranche, sondern auch die Veranstaltungsbranche, den Einzelhandel und die Restaurants. Alle leiden darunter.

Ich bin Vater von zwei Kindern. Ich möchte mit meinen Kindern gerne wieder einen Ausflug zu einer

Burg machen oder vielleicht schwimmen gehen. Ich weiß aber, dass das nur möglich ist, wenn wir die Pandemie gemeinsam bekämpfen und uns an die Regeln halten. Dazu fordere ich Sie auf. Sich an die Regeln zu halten, bedeutet eben nicht, gemeinsam mit Coronaleugnern, Querdenkern oder Impfgegnern zu laufen.

Natürlich müssen wir uns auch bezüglich des Impfens an die Regeln halten. Je mehr Menschen geimpft werden, umso mehr Möglichkeiten haben wir, die Pandemie zu bekämpfen. Aber wir dürfen uns erst dann impfen lassen, wenn wir dran sind.

Sie haben hier bei jeder Möglichkeit die Gefahr durch die Pandemie bzw. das Coronavirus kleingeredet. Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit hat sich allerdings ein AfD-Abgeordneter – zack! – vorgedrängt und nicht nur sich selbst, sondern auch seine Frau und seine Schwiegermutter, die eigentlich in einem 3 km entfernten Impfzentrum hätte geimpft werden müssen, impfen lassen. – Zudem stellen Sie, Herr Wagner, auch noch den Rekord auf, den jüngsten Geimpften der Bundesrepublik im Haushalt zu haben, nämlich Ihren 16-jährigen Sohn.

Das ist keine glaubwürdige Politik. Ich habe allerdings ohnehin nicht an Ihre Glaubwürdigkeit geglaubt. Sie werden es an meiner Rede gemerkt haben: Die Zustimmung zu Ihrem Antrag können Sie sich abschminken.

Wir werden sehr solidarisch mit den anderen Branchen umgehen und zu gegebener Zeit mit ihnen ins Gespräch kommen. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Baran. – Jetzt hat für die FDP Frau Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, was ich wieder mal von dem vorliegenden Antrag halten soll. Alle Anträge, die wir hier vorgelegt bekommen, ähneln sich.

Die Kollegen der demokratischen Fraktionen bekommen vorgeworfen, nicht an Demonstrationen teilzunehmen. Ich weiß nicht, woher Sie das wissen wollen. Haben Sie da 24 Stunden Wache gestanden?

(Christian Loose [AfD]: Ich war ein paarmal da, Frau Schneider! – Josef Hovenjürgen [CDU]: An welchem Ende waren Sie da?)

Ich kann Ihnen versichern, dass ich zahlreiche Kontakte zur Kosmetikbranche habe. Ich sage Ihnen auch eines: Wenn meine persönliche Kosmetikerin mitbekommen würde, dass ich solch einem Antrag zustimmen würde, dann würde ich den nächsten

Termin entweder am Sankt-Nimmerleins-Tag bekommen oder eine Behandlung, an die ich noch sehr, sehr lange denken könnte.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Wir wissen, dass es Ihnen hier nicht um die Auseinandersetzung, um die Debatte geht. Die Rede, die ich vorhin gehört habe, hat wirklich jedes Klischee bedient. Sie bauen wieder Ihre YouTube-Videos. Ich finde es befremdlich, dass Sie das Parlament laufend als Bühne benutzen, um irgendwelche Filmchen zu drehen.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Wenn das Ihr Politikverständnis ist, dann kann ich damit leben. Auch das wird vorbeigehen, hoffe ich doch zumindest.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag ist aber auch vom Zeitablauf her einfach schlecht. Denn wir alle wissen doch, wer heute noch tagt, nämlich die Ministerpräsidentenkonferenz, die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin, die dort zu Gast ist, wie gerne mal vergessen wird.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Der Antragsteller stellt also am Tag der Bund-Länder-Konferenz einen Antrag, der dann noch in dieses Bund-Länder-Treffen einfließen soll. Ich weiß nicht, was für ein Politikverständnis Sie haben.

(Volkan Baran [SPD]: Gar keins!)

Glauben Sie wirklich, dass es so funktioniert? Dieses Treffen hat doch auch einen Vorlauf, der zu berücksichtigen ist.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vielleicht sollten Sie künftig besser, anstatt hier herumzubrüllen, Sitzungstermine und Fristen im Auge behalten. Dann bräuchten wir hier nicht über solche Dinge zu debattieren.

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Allein das würde schon ausreichen, um diesen Antrag abzulehnen.

Inhaltlich liefert er auch nicht viel Neues, erschöpft sich im bloßen Dagegen und spricht sich gegen alle getroffenen Maßnahmen aus. Einschränkungen und Lockerungen sind aber stets anhand des Infektionsgeschehens zu bewerten. Alle aktuellen Maßnahmen basieren im Moment darauf, Kontakte zu beschränken – wie gesagt, im Moment. Wirtschaftshilfen werden bezahlt. Das geht in Berlin ein bisschen langsam, aber vielleicht bekommen sie es noch hin.

Die FDP-Landtagsfraktion ist auch eine große Freundin von Öffnungen, aber von durchdachten Öffnungen.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir wollen Öffnungen, hinter denen ein Konzept steht. Wir wollen Öffnungen, und zwar ziemlich schnell, die wirklich alles berücksichtigen, was es im Moment an Impfungen, an Tests, an Hygienemaßnahmen, an Luftfiltern, an guten Konzepten gibt. Für solche Öffnungen, für eine solche Beendigung der Einschränkungen kämpfe ich jeden Tag,

(Beifall von der FDP)

aber mit Maß und Mitte, zusammen mit den Betroffenen und immer mit Blick auf den Gesundheitsschutz,

(Christian Loose [AfD]: Das hört sicher die Regierung!)

nicht nur mit Blick auf die Inzidenzen, mit Blick auf die Krankenhäuser, mit Blick darauf, was die Betroffenen leisten können, und mit Blick darauf, wie es mit unserer Wirtschaft weitergeht. Dafür kämpfe ich, und das werde ich auch weiterhin tun, aber nicht für solch einen Antrag. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schneider. – Jetzt hat Frau Brems für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag der AfD ist mal wieder ein Beispiel für den Instrumentenkoffer der Rechtspopulisten. Einerseits bezweifeln, relativieren Sie wissenschaftliche Erkenntnisse aktueller Bedrohungen. Das kennen wir von der Klimakrise, das kennen wir von der Pandemie. Andererseits schaffen Sie es gleichzeitig, Ängste zu schüren und für sich zu nutzen. Schließlich schaffen Sie es, wie wir an unterschiedlichen Stellen von Vorrednerinnen und Vorrednern schon gehört haben, die Nöte von Betroffenen, von Kosmetiker*innen, von Kund*innen, für sich zu instrumentalisieren.

Ich möchte meiner Vorrednerin zustimmen: Die Vernünftigen in dem Bereich wollen wahrlich nicht durch solch einen Antrag und von der AfD repräsentiert werden. Es geht um Kontaktbeschränkungen. Die Gesundheit aller ist wichtig, nicht nur von Einzelnen, die es vielleicht geschafft haben, sich schon vorab impfen zu lassen.

Das alles nutzen Sie für die eigenen politischen Geländegewinne. Dieses Spiel der AfD machen wir erneut nicht mit und lehnen den Antrag daher ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Brems. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Mitglied der Landesregierung muss ich zu diesem Antrag nicht mehr viel sagen. In den Beschlussvorschlägen für die MPK, die jetzt tagt, steht, dass dieser Bereich geöffnet werden soll. Der Antrag hat sich durch Regierungshandeln erledigt.

Ich will nur sagen: Die AfD soll bitte nicht dem Irrglauben unterliegen, dass heute in diese Richtung entschieden wird, weil sie diesen Antrag gestellt hat. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Die AfD-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU, FDP stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Sehen wir nicht. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12747** mit breiter Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Vereine stärken und Mitglieder entlasten: Mitgliedsbeiträge für gemeinnützige Vereine in den Coronapandemiejahren 2020/2021 zum Sonderausgabenabzug bei der Einkommenssteuer zulassen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12758

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12855

Die Aussprache ist eröffnet. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Tigges das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie hat die Welt nun schon über ein Jahr fest

im Griff, und auch in diesem Jahr werden wir noch viele Einschränkungen im täglichen Leben hinnehmen müssen.

Wie alle Bereiche unserer Gesellschaft sind natürlich auch die gemeinnützigen Vereine von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Schützen, Karnevals-, Sport-, Musikvereine, viele Vereine der Brauchtums- und Heimatpflege mussten seit März vergangenen Jahres ihre Aktivitäten und Angebote weitestgehend ruhen lassen. Auch die Durchführung von größeren Veranstaltungen oder Festen ist kurzfristig noch nicht absehbar.

Gerade die Vielzahl der ehrenamtlich geführten Vereine ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Die Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag zu einem guten Miteinander, bringen Menschen zusammen, die eine Leidenschaft teilen. Sie sind der Kitt unserer Gesellschaft.

Auch wenn die meisten Mitglieder ihrem Verein die Treue halten, ihn in schlechten Zeiten weiter fördern und unterstützen, gibt es einige, die nach dem Motto „keine Angebote, keine Beiträge“ handeln und dann austreten. Dies zieht sich dann nachhaltig durch, und es ergibt sich finanziell und strukturell ein Problem für die jeweiligen Vereine.

Eine Umfrage der Deutschen Sporthochschule unter 20.000 Sportvereinen hat ergeben, dass bereits 44 % der Vereine Mitgliederrückgänge verzeichnen. 10 bis 15 % Mitgliederschwund werden vielfach erwartet. Mehr als die Hälfte der befragten Sportvereine sieht ihre eigene Existenz in den kommenden Monaten gefährdet. In der Bielefelder Turngemeinde, also in meiner direkten Nachbarschaft in OWL, lag der Rückgang bereits bei 15 %. So war es dieser Tage in der Zeitung zu lesen.

Das besonders Tragische ist, dass vor allem Kinder und Jugendliche austreten. Hier wird besonders deutlich, dass einige Eltern nicht in der Lage oder willens sind, die Vereinsbeiträge zu zahlen, wenn für ihre Kinder kein Training oder andere Aktivitäten angeboten werden. Das ist eine alarmierende Entwicklung. Es ist ja noch gar nicht absehbar, welche physischen und psychischen Schäden für die Kinder dabei entstehen und vor allem welche Schäden das für die Vereine bedeutet, denen in Zukunft dann der Nachwuchs fehlt.

Deswegen möchten wir von der NRW-Koalition dem Mitgliederschwund entgegenwirken, vor allem aber ein Zeichen setzen und denen etwas zurückgeben, die auch in angespannten Zeiten den Vereinen die Stange gehalten haben und existenzsichernd gewirkt haben.

Um die Auswirkungen der Pandemie bestmöglich abzufedern, hat die NRW-Koalition die gemeinnützigen Vereine von Anfang an mit unterschiedlichen Förderprogrammen unterstützt. Ich darf an dieser